

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 45. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 15. November 2018

17.53 Uhr - 18.30 Uhr

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 7102)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter D o s k o z i l
(S. 7102)

Beginn der Sitzung: 17 Uhr 53 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung!

Ich e r ö f f n e die 45. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Johann Richter und Gerhard Hutter entschuldigt.

Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Abgeordneten Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 45. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 15.11.2018.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019 (Zahl 21 – 1120) (Beilage 1562);
2. Beschlussantrag, mit dem der 3. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 – 1121) (Beilage 1563);

Ebenso ist die Beantwortung der schriftlichen Anfrage

1. des Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz (Zahl 21 – 1053) betreffend das Projekt „Sicherheitspartner“ (Zahl 21 – 1122) (Beilage 1564)

eingelangt.

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2019.

Ich darf Sie bitten, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf heute erstmalig das Budget für das Jahr 2019, erstmalig für mich, das Budget für das Land Burgenland präsentieren und ich würde gerne und ich erlaube mir vorab in einer retrospektiven Betrachtungsweise die

Situation generell des Burgenlandes darzulegen und nehme als Ausgangspunkt das Jahr 1995.

Das Jahr 1995, wo ein paar Monate davor drei Viertel der Burgenländerinnen und Burgenländer „Ja“ zur Europäischen Union gesagt haben, eigentlich das höchste Quorum im Bundesländervergleich, damals offensichtlich schon in weiser Voraussicht und vorausblickend, dass die Europäische Union eine Chance für das Burgenland ist.

Diese Chance für das Burgenland wurde wahrgenommen. Diese Chance für das Burgenland wurde von den Verantwortlichen in der aktuellen und in der damaligen Regierung für das Burgenland wahrgenommen. Das sieht man auch an den verschiedenen Kennzahlen. Wenn wir heute die BIP-Entwicklung pro Einwohner betrachten, so hatten wir 1995 ein BIP von 68 Prozent. Wir haben aktuell ein BIP von 92 Prozent.

Wie schwierig aber die Situation und diese Entwicklungsschritte vor allem auch in den regionalen Zusammenhängen, speziell bei dieser Kennzahl für das Burgenland ist, lässt sich alleine davon ableiten, dass das Bruttoinlandsprodukt als volkswirtschaftliche Kennzahl in einer Richtung, Richtung Bratislava, um vieles höher ist, nahezu 160 Prozent, aber in eine andere Richtung, Richtung Ungarn, um mehr als die Hälfte niedriger ist.

Diese Herausforderungen müssen wir in der gesamten Entwicklung, auch wenn es um die finanzwirtschaftliche Haushaltsgestaltung des Landes Burgenland geht, annehmen. Wir müssen auf Basis der Finanzen die richtigen Weichenstellungen treffen und die richtigen Weichenstellungen wurden, wenn man sich diese Kennzahlen anschaut, in der Vergangenheit getroffen.

Eine weitere Kennzahl: die Entwicklung der Arbeitsplätze. Hatten wir 1995 75.000 Arbeitsplätze im Burgenland, so hatten wir 2005 85.000 Arbeitsplätze im Burgenland. Gegenwärtig steuern wir fast auf 110.000 Arbeitsplätze zu, auch das ist eine Kennzahl die zeigt, welche Schritte und welche richtigen Schritte im Burgenland gesetzt wurden.

Aber auch im Wirtschaftsbereich geben die Kennzahlen diesen Trend und diese Entwicklung wieder. Ich darf nur erinnern, dass alleine im Tourismusbereich die Nächtigungszahlen vor etlichen Jahren noch knapp über zwei Millionen Nächtigungen pro Jahr betragen haben, mittlerweile haben wir die Drei-Millionen-Nächtigungszahl überschritten.

Ebenso eine ganz wesentliche und wichtige Kennzahl ist die Exportquote. Die Exportquote, die mittlerweile im Burgenland auf 2,2 Milliarden Euro gestiegen ist, zeigt ganz deutlich in Zusammenschau mit all diesen Parametern und Kennzahlen, aber auch in Zusammenschau mit dem Umstand, dass wir in vielen Bezirken massiv rückläufige Arbeitslosenquoten haben, wo wir in manchen Bezirken statistisch gesehen uns Richtung Vollbeschäftigung entwickeln, dass die richtigen Parameter gesetzt wurden, dass eine ausgeglichene Politik gemacht wurde, dass eine Politik der Mitte gemacht wurde, wo niemand bevorteilt wird, sondern eine Politik im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer gemacht wurde.

Wenn wir jetzt ganz konkret auf das Budget für das nächste Jahr einsteigen und uns die Zahlen anschauen, dann wird sich das Budget für das nächste Jahr in seiner Gesamtsumme von 1,14 Milliarden Euro erhöhen auf 1,16 Milliarden Euro.

Da sind natürlich viele Parameter drinnen, die naturgemäß dazu führen, dass wir zu einem höheren Budget kommen. In den überwiegenden Fällen sind es die verschiedensten Personalansätze, die Entwicklung im Bereich des Personalwesens. Aber das Budget wird im Grunde nach und im Wesentlichen davon gespeist, dass fast zur

Hälfte über Ertragsanteile dieses Budget zu Stande kommt, einen Ausgleich, eine Transferzahlung im Bereich der Bildung, was die Lehrer betrifft, und natürlich auch Erträge aus Einkünften sonstiger Art und Weise und seitens der Gemeinden.

Die Ratingagentur Standard & Poor's, die uns jährlich überprüft, die uns auch im April und Oktober dieses Jahres überprüft hat, attestiert dem Land Burgenland, den Verantwortlichen auch, nicht nur politischen sondern auch faktischen und tatsächlichen Verantwortlichen in der Verwaltung, hier eine ausgezeichnete Finanzwirtschaft, eine Stabilität des Finanzhaushaltes.

Und attestiert mit dem zweitbesten Ranking auch eine stabile Prognose, eine stabile Aussicht in die Zukunft, sodass man hier getrost, natürlich mit einer gewissen Angestrengtheit verbunden und mit einer gewissen Weiterentwicklung verbunden, aber getrost sagen kann, dass wir diese positive Entwicklung auch weiterhin beschreiten werden.

Dieses Budget von 1,16 Milliarden Euro bedeutet in weiterer Folge, dass wir den eingeschlagenen Weg, seit 2015 eingeschlagenen Weg, einerseits keine Neuverschuldung, auf der anderen Seite ab 2016 den eingeschlagenen Weg des Schuldenabbaus fortsetzen werden. Auch im nächsten Jahr werden wir in der prognostizierten und dem Rahmen entsprechenden Vorgabe und Größenordnung von zwei Millionen Euro einen Schuldenabbau vornehmen.

Dieses Budget bedeutet aber auch in weiterer Folge, dass es in seinem Gesamtumfang um 20 Millionen Euro steigen wird und auch ausgeglichen ist.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge und das ist ein Novum für das neue Jahr, für das neue Budgetjahr 2019, dass eine neue Berechnungsgrundlage herangezogen wurde. In der Vergangenheit war es üblich, dass man sich an der Budgetgröße für das nächste Jahr orientiert anhand der Wirtschaftsprognosen. Anhand der Wirtschaftsprognose, die in einem Vorjahr vorliegt, wo auch natürlich dann in entsprechender Art und Weise die Ertragsanteile berücksichtigt werden, die Budgetansätze zu definieren.

Das haben wir in diesem Fall, vor meiner Zeit, in einer Zeit wo die Wirtschaft wächst, wo die Wirtschaftsprognose eine positive ist, in dieser Art und Weise nicht gemacht, sondern wir haben uns dringend an den uns selbst auferlegten und auch im Vorjahr auferlegten Budgetrahmen, der ja ein fünfjähriger Budgetrahmen ist, gehalten.

Sodass wir in die Lage versetzt werden, auf der einen Seite zwar diese Teuerungsraten, die automatisch in weiterer Folge zur Verfügung stehen, die aufschlagend, die bedient werden müssen, bedecken können, aber auf der anderen Seite, uns einen finanziellen Polster für das nächste Jahr, in einer Größenordnung von sieben bis acht Millionen Euro erarbeitet haben, wenn die Prognose, die eintritt, die jetzt auf dem Tisch liegt, auch so stattfindet und eintritt.

Das gibt auf der einen Seite eine gewisse Sicherheit, eine gewisse Budgetstabilität, was möglicherweise im nächsten Jahr einen hypothetischen Nachtrag bedeuten würde. Das bedeutet aber auf der anderen Seite bei entsprechend positiver Prognose, dass auch gewisse inhaltliche Schwerpunkte im nächsten Jahr gesetzt werden können, zu denen ich in weiterer Folge später kommen werde.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge auch, dass alle rechtlichen Rahmenbedingungen die vorherrschen, die uns auch der Bund, die Europäische Union auferlegt, die gekennzeichnet sind durch die Übereinkunft des Stabilitätspaktes aus dem Jahre 2012, wo es um eine Ausgaben-, eine Schuldenbremse, wo es um

Haftungsobergrenzen, wo es in weiterer Folge auch um die Einhaltung der Maastricht-Kriterien geht, dass diese Voraussetzungen alle eingehalten werden.

Dieses Budget bedeutet in weiterer Folge auch, dass wir auch klar erkennen müssen, wo liegen möglicherweise, und das sage ich an dieser Stelle auch ganz offen, die Defizite in der Vergangenheit, obwohl wir grundsätzlich, und das muss man immer wieder betonen, eine stabile Finanzbewirtschaftung der letzten Jahre gehabt haben, bedeutet auch, dass wir uns klar, offen und offensiv auch die Situation um die Zinsswaps ansehen werden.

Die aktuelle Situation, was die Zinsswaps betrifft, ist in der Form, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass das Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt, aus den Erkenntnissen anderer Verfahren, aus den Erkenntnissen anderer Verfahren in Linz et cetera uns eine Rechtsmeinung gebildet haben. Dass wir uns eine Rechtsmeinung gebildet haben, die auch basiert auf entsprechenden Gutachten, dass wir mit dieser Rechtsmeinung jetzt an die entsprechenden Banken herantreten, das passiert aktuell, und dass wir in weiterer Folge versuchen werden im Vergleichswege, das ist das Ziel, aber auch wenn das nicht möglich ist, klar und deutlich unseren Rechtsstandpunkt auch durchsetzen werden.

Sie werden verstehen, wenn ich nicht näher darauf eingehe. Es ist ganz wichtig, das ist ein sensibler Bereich, das ist ein hochsensibler Bereich, wir wollen zuerst die Gespräche in einer vernünftigen Art und Weise mit den Banken abführen, durchführen. Und erst, wenn wir hier zu Ergebnissen gekommen sind, sei es, dass wir eine einvernehmliche Auflösung und eine einvernehmliche Entscheidung und Beendigung dieser Zinsswapgeschäfte am Tisch liegen haben oder sei es auch, wenn wir zur Meinung kommen, wir müssen einen nächsten Schritt, unseren Rechtsstandpunkt durchsetzen, dann werden wir auch hier entsprechend informieren.

Ich ersuche nur bis zu diesem Zeitpunkt diese Thematik in ruhige Fahrwasser zu belassen, um diese Gespräche mit den Banken nicht zu beeinträchtigen und nicht zu stören.

Es ist ein Grundverständnis aus meiner Sicht, wenn man ein Budget erstellt, dass man dieses Budget erstellt und gewisse Parameter einhalten muss. Und die Parameter, die eingehalten werden müssen, ergeben sich automatisch und sollten selbstverständlich sein aus der Verfassung, aus unseren gesetzlichen Vorgaben.

Die Grundlage eines Budgets aus meiner Sicht ist die Zweckmäßigkeit. Zu hinterfragen sind alle Ausgaben, auch zweckmäßig müssen wir diese Ausgaben auch tatsächlich tätigen, dienen sie den Zielen, die wir uns gesetzt haben, dienen sie auch unseren Burgenländerinnen und Burgenländern?

Der zweite Parameter ist die Sparsamkeit. Wir müssen auch aus diesem Grund stets ein Auge auf unsere Entwicklung, auf die Budgetentwicklung haben, um nicht, und da gibt es genug Beispiele, hier gewisse Schwerpunkte nicht setzen zu können oder andererseits um nicht das Land in eine Schieflage zu bringen. Das muss und darf in Zukunft nicht passieren und dafür werden wir Garant sein.

Und zum Dritten ist es auch die Wirtschaftlichkeit. Es ist oft eine Frage und ein Vorwurf an die öffentliche Hand, dass wir möglicherweise in vielen Bereichen nicht ordentlich wirtschaften können. Auch das muss der Anspruch an uns sein, nicht nur an die Politik, sondern auch an die Verantwortlichen an den entsprechenden Stellen.

Da denke ich jetzt an die Holding oder an andere Institutionen, dass hier die Verantwortung so weit wahrgenommen wird, dass unter diesen Grundsätzen, und speziell unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, diese Unternehmungen auch geführt werden.

Wir werden auch im nächsten Jahr, das ist auch ein Aspekt anderen Unternehmungskultur, die seit ein paar Jahren Einzug gehalten hat im Bereich der Holding, erstmalig eine Dividende von der Landesholding an das Land Burgenland erwarten und einfordern in einer Größenordnung von zwei Millionen Euro.

In diesem Sinne ist es auch ein Anliegen und das ist auch eine Entwicklung, der wir aus meiner Sicht entgegentreten müssen. Wir haben in der Vergangenheit sehr oft die Erfahrung gemacht, dass der Sektor Staat sehr stark und sehr massiv zurückgedrängt wird, dass der Sektor Staat zum Preis anderer Institutionen, zum Preis privater Unternehmungen, zum Preis auch des privaten wirtschaftlichen Erfolges zurückgedrängt wird. Da gibt es vielfältigste Beispiele.

Ich bin jetzt erst, und das ist mir erst vor ein paar Tagen bewusst geworden, sage ich auch ganz offen, wenn ich heute, nur um einen Vergleich hier zu zitieren, wenn ich heute ein Pflegeheim betreiben kann, gemeinnützig betreiben kann, wenn ich heute in diesem Pflegeheim bessere Kollektivverträge wie sie an und für sich üblich wären, wenn ich heute in ein Pflegeheim unter dem Aspekt der Gemeinnützigkeit in weiterer Folge mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen kann, damit eine höhere Qualität der Leistungen, damit eine höhere Zufriedenheit im Bereich der Pflege erzielen kann, mit den gleichen Tagsätzen im Vergleich zu einer nicht gemeinnützigen Organisation, dann bin ich der Meinung, dass wir darüber diskutieren müssen.

Das ist auch eine Frage, wie gehen wir mit unseren öffentlichen Geldern um, wie wirtschaften wir damit? Wie wirtschaften wir auch zugunsten unserer Bevölkerung damit, dass man ganz klar und deutlich diese Systematik hinterfragt. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir einerseits, wie schon gesagt, den Sektor Staat stärken müssen und andererseits auf dem Rücken der Patienten, auf dem Rücken der zu Pflegenden aus meiner Sicht es ausgeschlossen ist, privatwirtschaftliche Aspekte einfließen zu lassen und kurzum und schlichtweg zu sagen in diesen Bereichen Gewinne zu erzielen.

Wenn ich in die einzelnen Themenfelder des Budgets kurz eingehen darf, dann werden wir im Bereich der Bildung das Budget von 276 Millionen auf 277 Millionen Euro erhöhen. Das betrifft einerseits die Ausflüsse aus den 15a-Vereinbarungen, aber auch die Absicht im Bereich der Fachhochschule hinkünftig auch bedarfsorientiert Fachhochschulstudienlehrgänge anzubieten.

Es ist sicherlich ein gewisser Bedarf, wenn ich nur die Entwicklungen im Südburgenland, im Raum Pinkafeld, mir anschau. Hier in einer Kooperation, in einer abgestimmten Art und Weise zwischen HTBL, in weiterer Folge zwischen Fachhochschule weiterführende Studienlehrgänge anzubieten. Das muss harmonisiert werden.

Wenn man sieht, dass in vielen Bereichen im Pflegebereich aber auch im physiotherapeutischen Bereich hier ein Bedarf gegeben ist, dann müssen diese Kurse angeboten werden.

Andererseits muss man aber ganz klar hinterfragen, liegen wir mit allen anderen Angeboten, die es gibt, noch richtig? Sind wir bedarfsorientiert unterwegs? Das ist die Aufgabe aus meiner Sicht primär im Bereich der Bildung, abgesehen von anderen Schwerpunkten oder von einem spezifischen Schwerpunkt, den ich noch am Ende meiner Budgetrede erwähnen werde.

Oder ein zweiter Bereich, der Bereich der Gesundheit. Wir werden im nächsten Jahr insgesamt 116,8 Millionen Euro für den Bereich der Gesundheit investieren. Ein großer und überwiegender Teil, nämlich 85 Millionen Euro davon gehen in den BURGEF. Die gehen in den BURGEF, womit in weiterer Folge unsere fünf Spitäler finanziert werden.

Uns ist ganz bewusst und es wurde schon mehrfach auch hier diskutiert, und das ist ein ganz ein wesentlicher Aspekt auch für die Zukunft der finanziellen Entwicklung unseres Landes, dass wir in diesem Bereich mit Sicherheit Handlungsbedarf haben. Wir haben gesagt, wir machen einen Masterplan, wir schauen uns die Infrastruktur und die inhaltliche strukturelle Ausgestaltung des Leistungsspektrums jedes einzelnen Spitals an unter zwei Prämissen.

Die zwei Prämissen sind ganz klar, es gibt eine Standortgarantie für alle fünf Standorte und es gibt eine Beschäftigungsgarantie an den Standorten. Aber auch hier müssen wir uns nach diesen Aspekten, die ich eingangs erwähnt habe, wie bewirtschaftet man, wie geht man mit öffentlichen Geldern um, nach dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und auch der Zweckmäßigkeit hinterfragen, was macht wo Sinn, welches Leistungsspektrum soll wo angeboten werden, um diese Struktur auch finanzierbar zu belassen.

Ein ganz ein wesentlicher Punkt, und das ist ein bisschen, gestehe ich auch, ein Unsicherheitsfaktor in der Finanzierung des Gesundheitssystems, ist die Entwicklung des Krankenkassenwesens auf Bundesebene. Da müssen wir noch in Gespräche eintreten, da wird es sicherlich die eine oder andere Verhandlungsrunde noch geben müssen, weil aus dem jetzigen Gesetzesvorschlag heraus unter der Prämisse, dass, wie dort vorgesehen ist, der Ausgleichsfonds wegfällt, wir im Burgenland damit ein veritables Problem bekommen werden.

Wir sind ein Bundesland mit doch mehr oder weniger vielen Auspendlern. Wir sind ein Bundesland, wo wir nicht die hohen Deckungsbeiträge haben, wie beispielsweise Oberösterreich. Wenn der Ausgleichsfonds wegfällt, fehlt der Gebietskrankenkasse auf burgenländischer Ebene eine Zahl, aus dem Vorjahr elf Millionen Euro. Diese elf Millionen Euro müsste das Land, auch aufgrund der Haftungen die gegenüber der KRAGES aufgrund der Haftungsverträge, die gegenüber den Barmherzigen Brüdern als Betreiber des Krankenhauses in Eisenstadt bestehen, bedecken.

Das wird aus meiner Sicht nicht so einfach sein. Daher müssen wir uns und das ist das Interesse des Burgenlandes und da bitte ich auch alle, im Interesse und in diese Richtung mitzuarbeiten, wenn es darum geht, auf Bundesebene entsprechende Gespräche zu führen. Da müssen wir geschlossen und gemeinsam im Interesse des Burgenlandes auftreten.

Zum Gesundheitswesen möchte ich auch erwähnen, dass der Spitalsbau Oberwart natürlich in den nächsten Jahren eine große Herausforderung sein wird. Ein Spitalsbau der, ganz klar gesagt, effektiv von den absoluten Zahlen und Kosten, mehr als 160 Millionen Euro kosten wird.

160 Millionen Euro, um das auch noch einmal klar zu sagen, war der Budgetansatz, der Kostenansatz aus dem Jahr 2014. In weiterer Folge, und das vergessen dann viele in der Argumentation, hinterlegt natürlich mit einer Entwicklung, mit einer Kostensteigerung, mit einer Indexentwicklung, mit Baukostenindex, mit einer Indexentwicklung im medizinisch technischen Bereich, die mitunter viel höher ist wie der normale Index, sodass wir eine größere Summe erreichen werden, die aber nicht, wie es auch oft kolportiert wird, die aber nicht in Regionen der 300 Millionen liegen wird, sondern die eine vergleichsweise attraktive Steigerung beinhaltet.

Aber, es gibt eine Kostentransparenz. Wir werden am Ende des nächsten Jahres, am Ende 2019, wenn die Kostenberechnungen, die Ausschreibungen, in weiterer Folge finalisiert sind, werden wir alle Kosten öffentlich machen, und dann werden wir auch die Finanzierung öffentlich machen.

Es geht mir nicht darum, dass wir, wenn es um die Finanzierung dieses Krankenhauses in Oberwart geht, dass wir möglicherweise in der Holding irgendwo diese Finanzierung machen, damit wir sie im Budget nicht aufscheinen haben, darum geht es mir nicht, sondern es geht mir darum bei dieser Finanzierung, dass wir die für das Land günstigste Finanzierungsvariante heranziehen.

Nach aktuellem Stand, das ist noch nicht entschieden, ist derzeit mit Sicherheit die günstigste Finanzierungsvariante eine Finanzierung über die OeBFA, das sind ausgezeichnete Konditionen zum jetzigen Zeitpunkt. Wenn es zum Finanzierungsfall im nächsten Jahr noch so ist, werden wir diese Finanzierung über die OeBFA in Anspruch nehmen. Bedeutet aber auch, um das auch klar zu sagen, dass in weiterer Folge die Finanzierung des Krankenhauses Oberwart über den öffentlichen Haushalt und auch hier über dieses Budget, das jährlich beschlossen wird, vonstattengehen wird.

Zum Bereich Soziales: Auch das ist ein ganz ein wesentlicher Schwerpunkt. Im Bereich des Sozialen werden wir eine Steigerung im nächsten Jahr erfahren von 351 Millionen auf 357 Millionen Euro. Wir kennen die Herausforderungen im Bereich Soziales. Wir kennen die Herausforderungen speziell im Bereich der Pflege.

Ich habe ein Beispiel vorhin schon genannt und ich möchte das nochmal wiederholen. Ich persönlich verstehe es überhaupt nicht, dass in einem Pflegebereich, wo es darum geht, dass wir unsere älteren Mitmenschen, die pflegebedürftig sind, die unterstützt werden müssen, der auch ein sozialer Aspekt ist, den wir erfüllen müssen, das vielleicht auch bis zu einem gewissen Grad eine gesellschaftspolitische Schuld ist, die wir einlösen, verstehe ich nicht, dass wir Pflege, oder würde ich nicht verstehen, wenn wir Pflege organisieren in einem gewinnbringenden Bereich.

Daher müssen wir uns speziell dort überlegen, diese Pflege thematik auch zu hinterfragen und möglicherweise wie dieses Beispiel auch im Burgenland, dieses Beispiel, das ich erzählt habe und genannt habe, findet im Burgenland statt, auch nach diesem Beispiel Pflege zu organisieren.

Darüber hinaus ist es natürlich eine Herausforderung, dass wir hinkünftig Pflege möglicherweise auch neu denken. Wir haben eine Situation, wo wir nicht zu 100 Prozent, auch offen gesagt, nachvollziehen können, warum es im Südburgenland um 50 Prozent mehr Pflegebetten gibt wie im Nordburgenland.

Wir haben eine Situation, wo wir Antworten geben müssen. Und wir werden die Antworten in den nächsten Monaten geben. Wie gehen wir um mit der Pflege zu Hause? Wollen wir, dass pflegende Angehörige auch in weiterer Folge unterstützt und gefördert werden? Wollen wir, dass pflegende Angehörige auch in weiterer Folge sozialversichert sind?

Das alles sind Fragen, die wir in den nächsten Wochen beantworten werden und dann 2019 auch zur Umsetzung bringen werden, und daher gibt es speziell in diesem Bereich eine Budgetsteigerung von 351 Millionen auf 357 Millionen Euro.

Eine zweite, ganz wesentliche Herausforderung ist natürlich im Sozialbereich das Thema der Mindestsicherung. Wir haben derzeit dort eine Kennzahl von 10,9 Millionen Euro, um die Mindestsicherung im Burgenland zu bedecken. Auch hier müssen wir abwarten, was bringt der neue Gesetzesentwurf? Wie geht es weiter im Bereich der

Mindestsicherung? Sie kennen alle die Diskussionen. Auch das könnte im nächsten Jahr, sage ich ganz vorsichtig, noch eine Veränderung im Bereich dieses Budgetansatzes erbringen.

Umgekehrt wieder sinken die Zahlen im Bereich der Grundversorgung. Das ist ja ein allgemeiner Trend. Wir kennen diesen allgemeinen Trend. Wir haben weniger Menschen die in Österreich ankommen, weniger Menschen, die in das Asylverfahren kommen. Im Bereich der Grundversorgung werden die Kosten von heuer auf das nächste Jahr um in etwa über fünf Millionen Euro sinken.

Zu einem weiteren Bereich, öffentlicher Verkehr: Der öffentliche Verkehr wird mit einer Größenordnung von 52 Millionen Euro in etwa bedient, erfährt eine Steigerung von bis zu fast drei Millionen Euro. Das rechtfertigt sich ganz einfach damit, dass die Pendlerverkehre aus dem Süden, speziell G1, die Zugverkehre im Norden, diese Verkehre Richtung Wien, natürlich auch Preissteigerungen unterliegen.

Rechtfertigt sich andererseits aber auch damit, dass wir im Bereich des Straßenbaus, im Bereich des Güterwegebbaus, im Bereich des Wasserbaus, speziell dort wo Schutzwasserbau notwendig ist, verstärkt auftreten werden, unsere Ressourcen verstärkt einbringen werden, hier möglicherweise eine Trendumkehr auch beginnen werden, und hier auch dieses Thema, den Sektor Staat, das was ich schon einmal gesagt habe, den Sektor Staat mehr zu betonen, wieder inzusourcen, Leistungen selbst anzubieten, dort vor allem, wo es wirtschaftlicher, kostengünstiger ist und effizienter ist, das auch umzusetzen.

Aktuell zum Thema öffentlichen Verkehr darf ich nur erwähnen und auch mich bedanken beim Bundesminister Hofer, es gab gestern in einer Sitzung in Wien eine Einigung auch zu den Tarifverträgen, zum VOR, und zu den Kostenaufteilungen im Öffentlichen Verkehr für die nächsten Jahre hinaus.

Es ist beabsichtigt, hier diese Verträge für die nächsten, bis zu zehn Jahre abzuschließen, bis 2029. Sie kennen diese Thematik und die Diskussion um die Direktvergabe, die jetzt noch einmal möglich ist, auch EU-konform jetzt noch einmal möglich ist. Es konnte eine Einigung zwischen den Bundesländern die im VOR vertreten sind, einerseits Niederösterreich, Wien, Burgenland, und andererseits zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und Innovation erzielt werden, sodass wir eine sehr gute Lösung für die Länder erzielt haben.

Das bedeutet, die Preissteigerungen im Bereich der Verkehre werden hinkünftig auch indexiert und auf der anderen Seite werden die zusätzlichen Verkehre, die hinkünftig bestellt werden, die in den letzten Jahren immer zu 100 Prozent das jeweilige Bundesland vom Kostenfaktor herausgetragen hat, in Zukunft im Verhältnis 70:30 geteilt. 70 Prozent der Kosten wird der Bund tragen, 30 Prozent der Kosten werden die Länder tragen.

Das ist aus meiner Sicht für die Länder ein ausgezeichnetes Ergebnis. Mein Dank nochmal gilt hier wirklich der ausgezeichneten Verhandlungsführung auch des Herrn Bundesministers Hofer.

Zu Wirtschaftsförderung: Wir werden im nächsten Jahr im Bereich der Wirtschaftsförderung ein Plus von 2,1 Millionen Euro haben. Wir werden die Wirtschaftsförderung auf 29,4 Millionen Euro steigern. Ein Beispiel das zeigt, wie wichtig es ist in die Wirtschaftsförderung zu investieren, sind die Kennzahlen aus 2017.

500 Ansuchen im Bereich Wirtschaftsförderung, Gesamtinvestition natürlich auch addiert mit dem Volumen, das hier von privater Seite mit beigebracht wird, Gesamtinvestition 102 Millionen Euro. Und dadurch, weil ja natürlich auch im Bereich der

Wirtschaftsförderung immer wieder auch Vorgaben und Ziele vereinbart werden, die erreicht werden müssen, zusätzlich 800 neue Jobs.

Das sind die Kennzahlen aus dem Jahre 2017. Daher ist es wichtig, auch den Wirtschaftsstandort Burgenland zu stärken, hier in die Förderkulisse zu investieren, um Ansiedelungspolitik entsprechend zu betreiben und hier ausgewogen zu investieren.

Im Bereich der Kunst und Kultur wird es eine Steigerung des Budgets geben auf 26,5 Millionen Euro. Es wird aber auch eine markante Veränderung im Bereich der Struktur geben. Wir werden in der Holdingstruktur, es gibt ja derzeit noch eine Situation, dass es drei Gesellschaften gibt, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, dann eben noch ausgliedert.

Außerhalb dieser Holding, beispielsweise die Seefestspiele Mörbisch, mit 01.01.2019 wird eine Situation eintreten, dass wir nur mehr eine Gesellschaft haben, die sich mit dieser Thematik, aber mit den verschiedenen Kunst- und kulturellen Sparten auseinandersetzt, und dass auch die Seefestspiele Mörbisch in diese Kultur-Betriebe Burgenland GmbH überführt werden, sodass wir hier eine kompakte Gesellschaft haben.

Dass wir nicht mehr darüber diskutieren müssen zukünftig, welche Förderungen gehen raus nach Mörbisch, und das immer die Diskussion auch in diesem Haus ist, sondern es gibt einen klaren Zuschuss an die KBB und mit diesem Zuschuss müssen alle Kulturgüter die wir landesseits betreiben, sei es von den Museen, sei es in weiterer Folge von den Kulturzentren, bis hin zu Kobersdorf, bis hin zum Liszt-Zentrum, aber auch bis hin zu den Seefestspielen Mörbisch, betrieben werden. Das wird der Deckel sein. Und es liegt und obliegt dann im Weiteren den Verantwortlichen hier entsprechende Erfolge zu erzielen.

Ich habe es eingangs schon erwähnt, dieses Budget wurde, nicht so wie in der Vergangenheit, in der Prognose mit der Wirtschaftsprognose erstellt, sondern wir haben klar gesagt, wenn sich dieser Landtag jedes Jahr dazu committed und auch beschließt, einen entsprechenden Rahmen für die nächsten fünf Jahre vorzugeben, dann wollen wir diesen Rahmen, den wir uns ja selbst geben, der Landtag auch der Vollziehung und dem Finanzlandesrat in diesem Fall vorgeben, wollen wir diesen Rahmen einhalten.

Wir haben diesen Rahmen, der für das Jahr 2019 vorgesehen ist, in allen Bereichen eingehalten. Ich habe es schon erwähnt, durch diese Art der Budgeterstellung haben wir uns im Verhältnis zur Prognose, Wirtschaftsprognose, im nächsten Jahr eine Größenordnung und einen Polster von sieben bis acht Millionen Euro erarbeitet.

Die Schwerpunkte, die wir damit setzen wollen, wenn diese Prognose in dieser Art und Weise eintritt, sind aus meiner Sicht ganz klar, gehen auf der einen Seite in Richtung Bio Landwirtschaft, wir haben das heute schon ausführlich diskutiert, gehen in einer anderen Situation aus meiner Sicht auch in Bildung.

Bildung ist ein ganz ein wesentlicher Faktor. Ich habe die Situation auch persönlich miterlebt mit meinen Kindern. Mir ist persönlich ganz wichtig, dass heute Kinder, speziell im Volksschulalter Sprachenkompetenz erlernen. In diesem Alter ist es für Kinder ganz wichtig und auch sehr leicht, Sprachenkompetenz zu erwerben.

Wir haben eine Situation, die Stundentafel ist geprägt, teilweise durch gesetzliche Vorgaben des Bundes. Wir können hier, aufgrund auch kompetenzrechtlicher Schwierigkeiten nicht eingreifen, eine Stundentafel ist in weiterer Folge vorgegeben. Wir haben das gesehen, wie schwierig es ist mit der Stundentafel umzugehen, wie wir im vorigen Jahr die tägliche Bewegungs- und Sporteinheit eingeführt haben. Sehr komplex

und schwierig, ist auch nicht überall gegangen, weil eben die Studentafel so strikt vorgegeben ist.

Aber ich kann mir als bildungspolitischen Schwerpunkt durchaus vorstellen, dass wir, und wir haben in den letzten Jahren und auch Dank an den Herrn Landeshauptmann, hier wirklich im Bildungsbereich uns so entwickelt, dass wir beispielsweise nahezu keine „Überhang-Lehrer“ haben, keine „Überhang-Lehrer“ haben, die das Landesbudget belasten.

Dass wir den einen oder anderen „Überhang-Lehrer“ beschäftigen werden, und dass wir in den Bezirken ganz gezielt, dort wo der Bedarf gegeben ist, dort wo dieser Bedarf oder dieser Wunsch auch angenommen wird, hier diese bildungspolitische Offensive der Sprachenkompetenz auch anzunehmen, „Überhang-Lehrer“ beschäftigen, um ganz gezielt beispielsweise Englisch für Volksschulkinder anzubieten. Weil ich ganz einfach der Überzeugung bin, dass die Sprachenkompetenz eine ganz wichtige ist für die Zukunft in einem globalen Europa, dass die Sprachenkompetenz ganz wichtig ist in zukünftigen Berufsfeldern und weil gerade Kleinstkinder Sprachen am leichtesten lernen.

Das wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt sein, den wir setzen. Das ist ein bildungspolitischer Schwerpunkt, den wir uns durch die Art und Weise, wie wir das Budget erstellt haben, beispielsweise erarbeitet haben.

Ich darf mich zum Abschluss bei meinen Regierungskolleginnen und Regierungskollegen recht herzlich bedanken. Es ist, wenn man natürlich dieses Budget in dieser Art und Weise erstellt, wenn es klare Obergrenzen gibt, wenn hier nicht entlang, wie schon gesagt, der Wirtschaftsprognose budgetiert werden darf, dann führt das natürlich zur einer oder anderen Diskussion. Es konnten aber die Budgetvorgaben, die Budgetziele, ganz klar eingehalten werden. Nochmals mein herzlicher Dank, dass dieses Budget in dieser Art und Weise erstellt werden kann.

Ich darf mich auch bedanken bei den Mitarbeitern des Hauses, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 3. Auch für sie war es eine Herausforderung und eine Novität, hier in anderer Art und Weise die Gesprächsführungen durchzuführen. Möglicherweise aus Sicht der Abteilung 3 auch inhaltlich Themen zu hinterfragen. Warum ist diese Investition oder warum sind diese Vorhaben notwendig? Aber auch hier gab es eine hohe Professionalität. In diesem gemeinsamen Zusammenwirken ist diese Budgeterstellung gelungen.

Ein herzliches Danke! Ich darf Sie natürlich ersuchen, das Budget zu hinterfragen. Das ist Ihre Aufgabe. In weiterer Folge aber diesen Weg, diese Konstante und dieses Budget für das Burgenland, das uns ermöglicht, unser Burgenland entsprechend weiterzuentwickeln, ein stabiles Budget zu haben, das ist ganz wichtig, auch mitzugehen.

Herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Christian Illerits: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten.

Die Regierungsvorlagen Zahl 21 - 1120, Beilage 1562, und Zahl 21 - 1121, Beilage 1563, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage Zahl 21 - 1122, Beilage 1564, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken,

dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, für den 12. und 13. Dezember 2018 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, die für heute vorgesehene erweiterte Präsidialkonferenz findet um 18 Uhr 45 Minuten im Büro des Herrn Landtagspräsidenten statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 31 Minuten